P4

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am: 17.03.2018)

Titel: **Projekte zu Kapitel 4**

Beschreibung

Schulen öffnen für die Einwanderungsgesellschaft

Bayern ist ein Einwanderungsland und das heißt: egal aus welchen Gründen Menschen zu uns kommen, ihre Kinder haben ein Recht auf Bildung. Schlüssel zu Bildung und zu Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache.

Deshalb wollen wir die Schüler*innen durch zusätzliche und fest angestellte Lehrkräfte mit der Kompetenz „Deutsch als Zweitsprache/Fremdsprache“ (DaZ) unterstützen. Darüber hinaus werden wir im Lehramtsstudium sowie in den Fortbildungen für alle Lehrkräfte die Kompetenz für „sprachsensiblen Unterricht“ fächerübergreifend im bayerischen Bildungssystem verankern.

Aber auch der wertschätzende Umgang mit den Herkunftssprachen der Familien muss zum wichtigen Bestandteil schulischen Lehrens und Lernens werden. Lehramtsstudierende müssen im Umgang mit interkulturellen Themen geschult werden und Lehrkräfte dahingehend fortgebildet werden. Denn die gesellschaftliche Vielfalt, Heterogenität und Mehrsprachigkeit spiegeln sich auch in unseren Klassenzimmern wider.

Ausbilden statt Abschieben

Der Zugang zu Ausbildung und Arbeit ist ein wesentliches Schlüsselelement für die Integration Geflüchteter. Zugleich warten hunderte bayerischer Betriebe sehnlich auf Arbeitsgenehmigungen für Flüchtlinge, mit denen sie bereits gültige Verträge geschlossen haben. Doch in Bayern wird den Geflüchteten häufig die Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis willkürlich verweigert. Die im Bundesintegrationsgesetz geschaffene sogenannte 3plus2-Regelung, die den Abschluss einer Berufsausbildung und die anschließende Arbeitsaufnahme ermöglichen soll, wird damit faktisch ausgehebelt. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, dass diese Weisung zurückgenommen wird und künftig alle Asylsuchenden und Geduldeten, die in Bayern eine schulische oder berufliche Ausbildung beginnen, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und Arbeitsverbote abgeschafft werden.

Mehr Unterstützung für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen

In Bayern ist eine echte Bürger*innenbewegung der Solidarität und Menschlichkeit für die Unterstützung von Geflüchteten entstanden. Bis heute erleben wir eine enorme Hilfsbereitschaft. Dieses starke Engagement so vieler Menschen bei der Begleitung von Geflüchteten leistet einen entscheidenden Beitrag zur Integration. Doch für uns GRÜNEN ist auch klar: Die vielen zehntausend ehrenamtlichen Helfer*innen werden seitens staatlicher Stellen oft alleine gelassen.

Wir werden das ändern. Mit entsprechenden Förderprogrammen, Supervisions-Angeboten und dem Ausbau staatliche Strukturen zur Integration wollen wir die Ehrenamtlichen entlasten. Wir werden die Selbstorganisationen von Migrant*innen und Geflüchteten fördern und ihr Engagement bei der Integration Geflüchteter sichtbar machen.

Unsere Mitverantwortung: Fluchtursachen bekämpfen!

Bayern trägt vor allem als größte Waffenschmiede Deutschlands zweifellos eine Mitverantwortung an der humanitären Tragödie millionenfacher Flucht. Deshalb werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir wollen deshalb den Stopp aller Exporte von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern in Kriegs- und Krisengebiete sowie ein Ende der Sonderrolle Bayerns in der Rüstungsexportpolitik. An den Universitäten werden wir uns für deutlich mehr Friedensforschung statt Militärforschung einsetzen. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für strukturelle Reformen zur Bekämpfung von Fluchtursachen stark machen, zugleich aber die bayerischen Landesmittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen erhöhen, um damit eine intensive Kooperation mit ausgewählten

Herkunftsländern zu unterstützen. Eine Verbesserung ihrer Perspektiven durch konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaften ist sowohl im bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.